

Gebühren kommen zum Wintersemester

Lehrsituation soll sich rasch und spürbar verbessern

Die Universität Bonn führt zum Herbst Studiengebühren in Höhe von 500 Euro pro Semester ein. Die Entscheidung fällt der Senat nach massiven Störungen seiner Sitzung an einem ungewöhnlichen Tagungsort außerhalb Bonns.

Formal fiel die Entscheidung, indem der Senat eine Beitrags- und Gebührensatzung verabschiedete und damit nicht nur über das Ob der Beitragserhebung entschied, sondern auch über die Frage, wie die neuen Studienbeiträge zu verwenden seien. Die ersten von der neuen Gebührenordnung betroffenen Studierenden sind Studienanfänger, die ihr Studium zum Wintersemester 2006/2007 beginnen. Alle anderen an der Uni Bonn eingeschriebenen Studenten werden ab dem Sommersemester 2007 gebührenpflichtig. Gesetzlich von den Beiträgen ausgenommen sind Studierende in Praxis- und Auslandssemestern, Mediziner im Praktischen Jahr und Doktoranden. Die bisher erhobenen Langzeitstudiengebühren entfallen. Das Bonner Rektorat rechnet mit Einnahmen von jährlich rund 20 Millionen Euro, die ausschließlich für die Verbesserung der Lehre und der Studienbedingungen verwendet werden dürfen. „Damit wird es uns gelingen, die Studiensituation rasch und spürbar zu verbessern“, kündigte Rektor Professor Dr. Matthias Winiger an.

Die vom Senat verabschiedete Satzung kam unter konstruktiver Mitarbeit der Studierenden zustande. Unter anderem waren zwölf Fachschaften in der Arbeitsgruppe vertreten, die die Senatsvorlage unter Leitung von Prorektor Professor Dr. Wolfgang Löwer erarbeitete. Die Satzung sieht vor, daß der Löwenanteil der Studiengebühren dezentral für Maßnahmen in den Fakultäten und Instituten verwendet wird. Durch die Schaffung zahlreicher neuer studentischer Tutorenstellen und die Ausweitung der Kleingruppenarbeit wird ein Teil der Gebühren in Form von Hilfskraftstellen sogar an die Gebührenzahler zurückfließen. Auch ist an die Etablierung eines Mentoren-Systems, Qualitätssicherungsmaßnahmen und die Verbesserung der Fachstudienberatung gedacht. Die Medienausstattung und Renovierung von Hörsälen, die Ausstattung von Lehrlaboren und ein breiteres Exkursionsangebot können ebenfalls aus den Beitragsmitteln finanziert werden.

Lediglich ein Viertel der Studienbeiträge ist für zentrale Maßnahmen bestimmt. So sollen Öffnungszeiten und Bestand der Universitätsbibliotheken ausgeweitet und ein Zentrum für Schlüsselqualifikationen eingerichtet werden. Auch die Schaffung von internetbasierten Lehr-

und Lernhilfen und die Unterstützung von Kindertagesstätten für Kinder von Studierenden fällt darunter. Der Senat beschloß ferner, studentische Eltern für bis zu sechs Semester – was einem vollen Bachelor-Studiengang entspricht – von den Gebühren zu befreien. Außerdem werden alle gewählten Fachschaftsvertreter bis zu zwei Semester lang von den Studienbeiträgen ausgenommen.

Weitgehendes Mitspracherecht für die Studierenden

In der Beitrags- und Gebührensatzung hat der Senat auch die Entscheidungswege beim Einsatz der Mittel festgelegt. Letztlich fällt jede Fakultät selbst die Entscheidung, welche Maßnahmen in ihrem Bereich am wichtigsten und dringendsten durchgeführt werden sollen. Die Studierenden haben dabei ein weitreichendes Mitspracherecht, denn sie stellen in den Gremien, die dem Dekan Vorschläge unterbreiten, die Hälfte der Mitglieder. Über die Qualität der Lehr- und Studienorganisation an der Universität Bonn wird außerdem künftig ein neues, zur Hälfte mit Studierenden besetztes Prüfungsgremium wachen. Der Vorsitzende des Gremiums soll

▼ Aus den Gebührengeldern sollen beispielsweise längere Öffnungszeiten der Universitätsbibliotheken finanziert werden – eine Maßnahme, die auf der Wunschliste vieler Studenten ganz oben steht.

Foto: Dominik Fritz

nicht der Universität angehören, um seine Neutralität zu gewährleisten.

Damit niemand aus finanziellen Gründen vom Studium abgehalten wird, kann jeder Studierende auf Wunsch ein moderat verzinstes Darlehen beziehen. Die NRW-Bank schießt ihm dann die Gebühren vor. Zurückgezahlt wird erst nach dem Studium, wenn das persönliche Einkommen über eine festgelegte Schwelle steigt. BAFöG-Empfänger werden insofern entlastet, als die Summe ihrer Rückzahlung bei 10.000 Euro gekappt wird. Den darüber hinausgehenden Beitrag übernimmt ein Ausfallfonds, in den der Gesetzgeber einen Teil der Studienbeiträge von 500 Euro vorab als Ausgleichszahlung abzweigt. Der Fonds springt ein, wenn ein Studienbeitragsdarlehen nicht zurückgezahlt wird.

Der Entscheidungsprozeß des Senates wurde von lautstarken Protesten von Gebührengegnern begleitet. Im Vorfeld hatte es sogar Aufrufe zu Gewalt und turbulente Szenen gegeben. So besetzte



Foto: ff

◀ Ein Teil der Einnahmen soll in die Schaffung zusätzlicher Tutorenstellen für Praktika und Seminare fließen.

Kommentar

Mit der Einführung von allgemeinen Studiengebühren hat die Universität Bonn einen Wendepunkt ihrer Geschichte passiert. Nicht, daß es das erste Mal wäre, daß in ihrer 200jährigen Geschichte Lehrgeld erhoben würde. Aber die Gebührenpflicht stellt einen Paradigmenwechsel dar, wie man ihn seit der frühen 70er Jahre nicht mehr gesehen hat. Dabei sind Studiengebühren nicht die einzige neue Entwicklung, die derzeit auf die Alma mater zurollt. Hochschulfreiheitsgesetz und Bologna-Prozeß mischen derzeit die Hochschulen im Lande kräftig auf. An der Einführung der Studienbeiträge läßt sich die Geschwindigkeit ablesen, mit der dieser Tage die Hochschullandschaft umgekrepelt wird. Noch vor einem guten Jahr waren Studiengebühren im damals SPD-regierten Nordrhein-Westfalen allenfalls Gegenstand akademischer Debatten. Heute sind sie Realität! Mit Blick auf die enormen Aufgaben, die die Einführung von Bachelor- und Ma-

ster-Studiengängen mit sich bringt, kommen die Studiengebühren gerade noch rechtzeitig, um einen echten Qualitätssprung zu ermöglichen. Jährliche Investitionen in die Verbesserung der Lehre in zweistelliger Millionenhöhe werden sichtbare Spuren hinterlassen. Jenseits des Finanziellen bringen die Gebühren aber auch die Chance für einen Mentalitätswandel, der überfällig ist. Viel zu lange hat man sich an den Universitäten mit suboptimalen Bedingungen in Studium und Lehre abgefunden. Nun können die Studierenden nicht nur zu Recht erwarten, daß sich einiges zum Guten wendet. Die neue Satzung stärkt ihnen auch den Rücken, wenn es darum geht, sich mit konkreten Vorschlägen in die Diskussion einzumischen und deren Umsetzung zu überwachen. Sie haben es damit in der Hand, dafür zu sorgen, daß die Vorteile der Gebühren überwiegen werden – und könnten so ihre größten Nutznießer werden.

ANDREAS ARCHUT

eine Gruppe von Demonstranten am Vortag der Senatsentscheidung das Rektorat und verließ es nach zwei Stunden erst wieder, als der Rektor die Polizei hinzugerufen hatte. Acht Besetzer mußten von der Polizei aus dem Gebäude getragen werden. Am anderen Morgen gelang es den Gebührengegnern durch eine Blockade, viele Mitglieder des Senats am Betreten des Uni-Hauptgebäudes zu hindern. Die mit Verzögerung eröffnete Sitzung war nicht beschlußfähig, da die hierfür erforderliche Zahl von 12 stimmberechtigten Mitgliedern nicht zusammenkam. Der Rektor unterbrach daraufhin die Sitzung und entschied, sie an einem zunächst nicht genannten Ort fortzusetzen.

Das Bonner Rektorat hielt sich bis zuletzt mehrere alternative Tagungsorte offen. Ursprünglich sollte der Senat auf einem der Versuchsgüter der Universität zusammenkommen. Da dies jedoch bekannt wurde, fiel in letzter Minute die Entscheidung, die Forschungsgesellschaft für Angewandte Naturwissenschaften (FGAN) in Wachtberg anzusteuern. Dort konnte die Senatsitzung ohne nennenswerte Störungen vollzogen werden.

ARC/FORSCH

(K)eine Leitlinie gegen Mobbing

Personalrat und Rektorat ringen um „Selbstverständlichkeiten“



▲ Von Mobbing spricht man auch dann, wenn ein Arbeitskollege oder Mitarbeiter systematisch und wiederholt von Informationen abgeschnitten wird.

Manchmal fängt es schleichend an: Mobbing kann überall entstehen, wo Menschen zusammenarbeiten – auch an der Universität Bonn. Über geeignete Maßnahmen gegen das Phänomen sind Personalrat und Rektorat geteilter Meinung.

Von „Mobbing“ sprechen Psychologen, wenn jemand an seinem Arbeitsplatz fortgesetzt geärgert und schikaniert wird. Kennzeichnend ist ein wiederkehrendes Verhaltensmuster, nicht eine einzelne Handlung. Mobbingattacken können verbal sein (zum Beispiel Beschimpfungen), nonverbal (etwa durch das Vorenthalten von Informationen) oder sich sogar in physischer Gewalt niederschlagen. Die Folgen sind so verschieden wie die Menschen selbst: Sie reichen von Magenbeschwerden über Schlaf- und Konzentrationsstörungen bis hin zu schweren Depressionen. Mobbing ist nicht nur ein Problem der Betroffenen, sondern der Organisation, in der es stattfindet, und letztlich auch der gesamten Volkswirtschaft. Neben den unmittelbaren Folgen durch Krankheit und Fehlzeiten trägt die Gesellschaft auch die Kosten für Heilbehandlungen, Rehabilitation, Frühverrentung und Arbeitslosigkeit. Diese Folgekosten addieren sich zu Milliardenbeträgen.

Mangelndes Verständnis für die Situation von anderen, Personalabbau und ein deutlich gesteigener Leistungsdruck in Forschung und Lehre sind in einer Universität ein idealer Nährboden für Mob-

bing. „Mancher Vorgesetzte reicht den Druck, dem er ausgesetzt ist, nach unten durch“, sagt Christine Schröder-Diederich, Vertrauensfrau für Schwerbehinderte. Dabei werde leicht vergessen, daß auch die Sorge um das Wohl des Personals zu den Aufgaben von Führungskräften gehört. Immer wieder wird die Vertrauensfrau in Fällen von Mobbing eingeschaltet. „Oft entsteht das Problem, weil zwei Charaktere aufeinandertreffen, zwischen denen die ‚Chemie‘ nicht stimmt“, berichtet Schröder-Diederich. Und nicht immer sei gleich klar, wer Täter und wer Opfer ist. „Wir versuchen erst einmal, den Fall durch ein moderiertes Gespräch zu klären und Konflikte zu entschärfen.“ Je nach Lage werden die Personalabteilung, der Personalrat und die Mitarbeiter- und Führungskräfteberatung einbezogen. Bei echten Mobbing-Fällen könne das Problem manchmal erst durch eine Versetzung der betroffenen Mitarbeiter gelöst werden.

Schriftliche Regeln

Dem Mobbing vorbeugen – oder es zumindest eindämmen – könnte die Universität nach Meinung der Vorsitzenden des Personalrats, Christel Müller, indem sie Regeln zum Umgang mit dem Problem aufstellt. Noch in der Amtszeit von Rektor Klaus Borchard hatte der Personalrat einen Vorschlag für eine „Dienstvereinbarung Mobbing“ vorgelegt. In einer gemeinsamen Arbeitsgruppe mit der Verwaltung wurde daraus eine „Leitlinie“ mit weniger verbindlichem Charakter. Beim Ringen um Formulierungen blieben viele Details auf der Strecke. Schließlich lehnte das Rektorat das Vorhaben mit dem Hinweis ab, das Papier enthalte vor allem „Selbstverständlichkeiten“, die keiner besonderen Betonung bedürften. Das sieht Christel Müller anders: „Mag sein, daß der Text Allgemeinplätze enthält, aber wir sehen das Aufstellen dieser Regel dennoch als ein wirksames Mittel der Prävention an.“ Schließlich werde so ein positives Signal gesetzt, das den Betroffenen vermittelt: „Ihr seid nicht allein!“

Das Rektorat hat zwar Verständnis für das Anliegen des Personalrats: „Wir sind uns einig“, sagt Kanzler Dr. Reinhardt Lutz, „daß es in der Universität für Mobbing keinen Platz geben darf! Wir wollen ein offenes und kollegiales Betriebsklima, in dem Mobbing keine Chance hat.“ Strittig sei aber der Weg, dieses Ziel zu erreichen. Die Universitätsverwaltung habe ihrerseits kürzlich Führungsgrundsätze für leitende Mitarbeiter veröffentlicht. „Unsere Leitlinien zeigen auf, was eine gute Führungskraft auszeichnet“, sagt Dr. Lutz. Die Führungsgrundsätze seien ein Schritt in die richtige Richtung, meint auch Christel Müller. Besser wäre aber, die Dienstvorgesetzten, also der Rektor und der Kanzler, würden darüber hinaus klar Position zum Thema Mobbing beziehen. Müller meint: „Mit einer Leitlinie zu partnerschaftlichem Verhalten könnte die Universität auch ihre Sorge um den Schutz der Beschäftigten dokumentieren, zu der sie als Arbeitgeberin verpflichtet ist.“

ARC/FORSCH

Anlaufstellen

Hilfe finden Betroffene unter anderem bei Birgitt Schauerte-Lau und Stefan Fried von der Mitarbeiter- und Führungskräfteberatung. Sie sind unter Telefon 73-4509 und E-Mail: birgitt.schauerte-lau@uni-bonn.de bzw. sfried@uni-bonn.de zu erreichen. Weitere Anlaufstellen sind der Betriebsärztliche Dienst und der Personalrat. Seit einigen Jahren gib es außerdem in Nordrhein-Westfalen die „MobbingLine NRW“. Unter der einheitlichen Telefonnummer 0180 3 100 113 können Mobbingopfer, aber auch Führungskräfte und Arbeitgeber, montags bis donnerstags in der Zeit von 16 bis 20 Uhr anrufen und erhalten eine qualifizierte Beratung. Auch Anfragen per E-Mail sind unter mobbinglinienrw@gesuenderarbeiten.de jederzeit möglich.

► Weitere Infos:
www.personalrat.uni-bonn.de

Uni kritisiert neues Urheberrecht

Neuregelung bremst Forschung und Lehre aus

Die Bundesregierung hat kürzlich eine zweite Anpassung des Urheberrechts verabschiedet. Sie sieht massive Einschränkungen für Nutzer wissenschaftlicher Informationen vor – mit fatalen Folgen: „Deutschland droht zu einem bildungs- und wissenschaftsfeindlichen Land zu werden“, warnt Rektor Professor Dr. Matthias Winiger.

Besonders gravierende Folgen werde die Einschränkung des Dokumentenlieferdienstes für Wissenschaftler und Studierende haben, heißt es aus der Universität Bonn. Vor Ort fehlende Zeitschriftenartikel dürften anders als bisher nicht mehr elektronisch von anderen Bibliotheken bezogen werden, wenn ein entsprechendes kostenpflichtiges Angebot der Verlage existiert. Der Preis dafür liegt pro Artikel bei ca. 30 bis 50 Euro – dabei käme schnell eine utopische Summe zusammen.

Die Bibliotheken haben seit Jahren erheblich in die Infrastruktur für den elektronischen Lieferdienst investiert. Er wird nun mögli-

cherweise obsolet. „Auf Studierende und Forscher könnten massive private Kosten für die Versorgung mit notwendiger Literatur zukommen“, sagt Rektor Winiger. Die in Hochschule und Wissenschaft seit jeher übliche und selbstverständliche Funktion der „Fernleihe“, die vor Ort nicht vorhandene Literatur schnell und kostengünstig zur Verfügung zu stellen, werde durch das neue Urheberrecht ausgehebelt.

Über Lernplattformen wie „eCampus“ (s. S. 36) an der Universität Bonn stellen heute Dozenten für Studierende Literatur zusammen. Bisher war erlaubt, einzelne Aufsätze oder Auszüge aus urheberrecht-

lich geschützten Werken im Rahmen von Lehrveranstaltungen elektronisch zugänglich zu machen. Das soll es nach dem Willen der Justizministerin nicht mehr geben. Professor Winiger mahnt: „Universitäten und Forschungseinrichtungen sind auf einen offenen Umgang mit Wissen und Information angewiesen.“ Dies sei in der geplanten Neuregelung nicht hinreichend berücksichtigt. „Durch die geplanten Regelungen wird Deutschland als Bildungs- und Forschungsstandort weiter geschwächt!“

Die Universität Bonn plädiert für die bewährte Praxis mit weitreichenden Freiheiten der Wissenschaft und Lehre im Bezug auf das Urheberrecht. Die Universität ist Mitglied des Aktionsbündnisses „Urheberrecht für Bildung und Wissenschaft“.

ARC/FORSCH

„Auswärtsspiel für Akademiker“

Deutsche Post und Uni Bonn kooperieren

Die Deutsche Post und die Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn haben im Juni eine weitere Kooperation gestartet. Unter dem Motto „Auswärtsspiel für Akademiker“ erhalten 20 handverlesene Studierende aus vorwiegend geisteswissenschaftlichen Disziplinen dabei einen Einblick in die unternehmerische Praxis, knüpfen wertvolle Kontakte und eignen sich sogenannte „Soft skills“ an.

Das Projekt geht auf die Initiative der Deutschen Post zurück, die im Rahmen ihres Standortengagements für Bonn die Schwerpunkte auf Bildung und Kultur setzt. Die Universität sieht ihrerseits darin die Möglichkeit, besonders qualifizierte Studenten frühzeitig an die Arbeitswelt heranzuführen. Schirmherr der Kooperation ist der Finanzvorstand der Deutschen Post, Professor Dr. Edgar Ernst.

Seit der Premiere im vergangenen Jahr 2005 unterstützt die Deutsche Post das jährliche Absolventen-

fest der Universität als Hauptsponsor. Das nun beginnende neue Vorhaben soll diese bereits bestehende Zusammenarbeit weiter ausbauen. Das Projekt erstreckt sich zunächst über ein halbes Jahr. Rund 20 von verschiedenen Fakultäten nach wissenschaftlichen und sozialen Kriterien ausgewählte Studierende sollen dabei lernen, größere betriebswirtschaftliche Prozesse zu bewerten und zu verstehen. Zusätzlich findet ein ganztägiges Bewerbungstraining statt, in dem die Studenten von Personalern der Deutschen Post World Net ein professionelles Feedback erhalten. Darauf folgt der sogenannte „Operations Day“, an dem die Studierenden die im Strategiespiel abstrakt kennengelernten Fähigkeiten in der Praxis einsetzen.

Abschließend kommen die Teilnehmer mit Alumni (Ehemaligen), die als Young Professionals bei der Deutschen Post tätig sind, und mit Führungskräften des Unternehmens zusammen. Neben Diskussionen und Erfahrungsaustausch steht dabei



auch die Netzwerkbildung im Vordergrund.

„Dieses neue Programm stellt eine ‚Win-win-Situation‘ dar“, sagt Rektor Professor Dr. Matthias Winiger. „Unsere Studierenden schnuppern Unternehmensluft in einem Weltkonzern und knüpfen erste Kontakte, die Deutsche Post World Net lernt im Gegenzug frühzeitig engagierte junge Talente kennen.“ „Auch als Global Player bekennt sich die Deutsche Post ganz klar zum Standort Bonn und fördert ihn nach Kräften. Dabei liegt unser Fokus auf Bildung und Kultur. Für uns hat die Bonner Universität einen ganz besonderen Stellenwert“, sagt Finanzvorstand Professor Dr. Ernst.

FORSCH

▲ 20 handverlesene Studierende aus vorwiegend geisteswissenschaftlichen Disziplinen nehmen an dem neuen Kooperationsprojekt teil.

„Unangefochtene Spitze“

Universität ehrte Leibniz-Preisträger Felix Otto

Im Beisein von Wissenschaftsminister Professor Dr. Andreas Pinkwart und weiterer Gäste aus Wissenschaft und Wirtschaft hat die Universität Bonn Mitte Juni Professor Dr. Felix Otto geehrt. Anlaß der Feier im Poppelsdorfer Schloß war die Verleihung des diesjährigen Gottfried Wilhelm Leibniz-Preises an den Mathematiker.

ABC-Hochschulen (Aachen, Bonn, Cologne) beteiligt, die in Nordrhein-Westfalen am erfolgreichsten abschnitten. Die Entscheidung über ihre Förderung fällt im Herbst. Als Förderbeginn ist November 2006 vorgesehen.

Forschungsförderung zuständig ist. „Wir rechnen uns echte Chancen aus, doch noch in den Kreis der geförderten Universitäten vorzudringen.“

CHE-Ranking: Spitzenleistung in der Forschung

In der zweiten Runde wird sich die Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität mit voraussichtlich sechs weiteren Projekten für eine Förderung empfehlen. Derzeit werden in den Bereichen Ethik, Physik und Neurowissenschaften drei weitere Antragsskizzen für Exzellenzcluster vorbereitet.

Die Universität Bonn versteht sich als international ausgerichtete Forschungsuniversität. In den vergangenen 25 Jahren hat sie mit Wolfgang Paul und Reinhard Selten als einzige deutsche Uni gleich zwei Nobelpreisträger hervorgebracht. Forschungsrankings bestätigen zudem immer wieder den hohen Rang der Universität Bonn – so auch das kürzlich veröffentlichte Ranking des Centrums für Hochschulentwicklung CHE. In 7 von 14 Fächern eroberte die Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität demnach bei den eingeworbenen Forschungsgeldern bzw. der Zahl der wissenschaftlichen Veröffentlichungen im deutschlandweiten Vergleich einen Platz in der Spitzengruppe. Besonders gute Noten konnten die Bonner Geographen einheimen: Ihr Fach steht außer bei den eingeworbenen Drittmitteln sowohl in der Gunst der Studierenden als auch bei den Professoren ganz oben. Auch das Exkursionsangebot wurde ausgezeichnet bewertet. Über sehr gute Noten konnten sich auch Mathematiker, Chemiker und Historiker freuen.

FORSCH



Foto: arc

▲ Lobende Worte fand Minister Pinkwart (rechts) bei der Ehrung von Professor Otto (Mitte) für die Bonner Universität – Rektor Professor Winiger vernahm's mit Freude.

► Hervorragend schnitt beim letzten Ranking des Centrums für Hochschulentwicklung CHE unter anderem das Fach Geographie ab. Das Bild entstand bei einer Exkursion nach Libyen.

Der Leibniz-Preis ist die höchstdotierte Auszeichnung, die in Deutschland regelmäßig an Wissenschaftler vergeben wird – eine Art „deutscher Nobelpreis“. Das Preisgeld von 1,55 Millionen Euro ist für Forschungsarbeiten in einem Zeitraum von fünf Jahren vorgesehen.

Viele lobende Worte hatte der Minister für die Bonner Forschungsuniversität übrig: „Die Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität ist mit jetzt acht Leibniz-Preisträgern unter den nordrhein-westfälischen Universitäten unangefochtene Spitze.“

Exzellenzinitiative: Mit sechs Projekten in die zweite Runde

Pinkwart informierte sich auch über die Anträge der Universität Bonn bei der ersten Runde des Exzellenz-Wettbewerbs von Bund und Ländern. Derzeit befinden sich ein so genanntes „Exzellenzcluster“ der Mathematik (unter Beteiligung der Ökonomie) sowie zwei „Graduiertenschulen“ in den Bereichen Ökonomie und Physik/Astronomie in der engeren Auswahl. Außerdem ist Bonn an Vorhaben der anderen

Hinzu kommen zwei Vorhaben für „Graduiertenschulen“ in den Life Sciences und der Global-Change-Forschung.

Auch in der dritten Förderlinie, in der universitätsweite „Zukunftskonzepte“ prämiert werden, beabsichtigt sich die Universität Bonn erneut zu beteiligen. „Die Gutachterempfehlungen aus der ersten Runde ermutigen uns, es wieder zu versuchen“, sagt Rüdiger Mull, der in der Universitätsverwaltung für die



Foto: Philipp Maluck